

Andreas Mehltretter

Ihr Bundestagsabgeordneter
mit **Lust auf Fortschritt**



APRIL 2023

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

der Bundestag wird kleiner. In Zukunft wird er genau 630 Abgeordnete haben und damit 106 weniger als der aktuelle Bundestag.

Am 17. März haben wir das neue Wahlrecht beschlossen. Wir setzen damit das um, was seit langem gefordert wird: Der Bundestag soll nicht immer weiter anwachsen.

2021 hatte die CSU in Bayern 31,7 % der Zweitstimmen, das wären 29 Mandate. Sie gewann aber 45 Direktmandate, so entstehen 16 Überhangsmandate. Damit diese Überhangsmandate die Mehrheitsverhältnisse aus den Zweitstimmen nicht verändern, erhalten die anderen Parteien Ausgleichsmandate.

In den vergangenen 20 Jahren sind die Überhangs- und Ausgleichsmandate immer mehr geworden. Im aktuellen Bundestag sind dies 138 Mandate.

Die bisherigen Versuche, das Wahlrecht zu verändern, sind daran gescheitert,

dass die Überhangmandate nicht angefasst wurden. Sie sind vor allem daran gescheitert, dass das oberste Prinzip der CSU in den Verhandlungen war, dass die CSU keine Mandate verliert. Dies ging so weit, dass im aktuellen Wahlrecht CSU-Überhangmandate teilweise nicht ausgeglichen werden, d. h. das Stimmergebnis zugunsten der CSU verzerrt wird.

Es geht bei der Wahlrechtsreform aber nicht um die CSU, es geht darum, ein faires und gerechtes Wahlrecht zu schaffen und den Bundestag zu verkleinern.

In Zukunft ist allein die Zweitstimme für die Größe der jeweiligen Fraktion im Bundestag entscheidend. Die Erststimme bleibt erhalten, diese müssen aber durch das Zweitstimmenergebnis gedeckt sein. Sie bestimmt in Zukunft darüber, wie hoch die Chancen auf den Einzug in den Bundestag sind. Sie lösen aber keinen Anspruch auf ein Mandat aus.

Überhangmandate gibt es nicht mehr. Nur so können wir gleichzeitig die Größe

fix beschränken und ein faires Verhältniswahlrecht sicherstellen.

Zur Wahlrechtsreform gehört auch der Verzicht auf die Grundmandatsklausel. Diese Klausel wurde gerade von Expertinnen und Experten kritisiert, die von CDU und CSU für die Anhörung zur Wahlrechtsreform vorgeschlagenen wurden. Die Klausel sei im neuen Wahlsystem verfassungsrechtlich nicht mehr haltbar – schließlich lösen die Erststimmen in Zukunft keinen Mandatsanspruch mehr aus, und das sollte auch bei Parteien gelten, die unterhalb der 5%-Hürde liegen. Das schrieben die Union Expertinnen und Experten in ihre Gutachten. Und das haben wir jetzt ins Gesetz geschrieben.

Das System ist das gleiche wie bei der bayerischen Landtagswahl, auch dort gibt es eine 5-Prozent-Hürde ohne Grundmandatsklausel. Dass sich die CSU jetzt daran stößt, dies auch im Bund so zu regeln, verwundert mich sehr – dann hätte sie ja das Landtagswahlrecht eigentlich auch schon längst ändern müssen!

**HERZLICHE GRÜSSE,
IHR ANDREAS MEHLTRETTER**

**IM DETAIL:
RECHT AUF STERBEN?**

2020 hat das Bundesverfassungsgericht das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe gekippt. Welche Regeln brauchen wir stattdessen?

**IM MITTELPUNKT:
THEMEN IM WAHLKREIS**

Vom Ausbau der B16 über die Schadstoffsanierung des Manchinger Flughafens bis zur Zukunft unserer Krankenhäuser.

AUSGABE 3, APRIL 2023

Neues aus dem Bundestag für die Landkreise Freising, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen, Ingolstadt und Eichstätt.

Die Diskussion um den assistierten Suizid

Recht auf Sterben?

2020 hat das Bundesverfassungsgericht das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe gekippt. Dieses Gesetz sollte einen rechtssicheren Rahmen für einen assistierten Suizid schaffen. Es war geprägt von dem Ziel, die passive Unterstützung beim Suizid zwar zu dulden, sie aber nicht zur Regel werden zu lassen.

In einem sehr weitreichenden Urteil stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass dies nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist – weil es das Recht auf selbstbestimmtes Sterben verletze.

„Das allgemeine Persönlichkeitsrecht umfasst als Ausdruck persönlicher Autonomie das Recht auf selbstbestimmtes Sterben. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, sich das Leben zu nehmen, hierfür bei Dritten Hilfe zu suchen und, soweit sie angeboten wird, in Anspruch zu nehmen“, so das Bundesverfassungsgericht.

DIE DEBATTE IM BUNDESTAG

Aktuell arbeiten wir im Bundestag an einem neuen Gesetz, um eine verfassungsgemäße Regelung zu finden. Drei Gesetzentwürfen liegen dazu vor, die noch vor der Sommerpause im Bundestag beraten werden sollen.

Unsere Aufgabe ist es, denen einen Suizid zu ermöglichen, die sich freiverantwortlich dafür entscheiden. Andererseits müssen wir verhindern, dass sich Menschen eben nicht aus eigener Entscheidung töten – auch das hat uns das Bundesverfassungsgericht als Vorgabe auferlegt.

Alle drei Anträge, die in den Bundestag eingebracht wurden, versuchen dem Rechnung zu tragen. Alle sehen eine Beratung vor, alle wollen sicherstellen, dass die Entscheidung freiwillig ist. Sie unterscheiden sich aber darin, wie weit sie das Recht auf Suizid einschränken.

Ein Antrag sieht weiterhin vor, den assistierten Suizid im Strafrecht zu regeln. Geschäftsmäßige Sterbehilfe würde wieder verboten werden, für die Beratung würden sehr klare Vorgaben gemacht. Die

beiden anderen Anträge wollen ein eigenes Gesetz zur Sterbehilfe schaffen. Der Schwerpunkt liegt hier auf einer offenen Beratung und der wirklich freiwilligen Entscheidung des Einzelnen.

ES IST EINE GEWISSENSENTSCHEIDUNG

Bei der Frage um den assistierten Suizid geht es um eine Entscheidung, die unsere ganz individuellen ethischen Werte und unsere Vorstellung von Leben und Tod betrifft. Es ist für uns Abgeordnete eine klare Gewissensentscheidung.

Mir ist es wichtig, diese Debatte auch bei mir in meinem Wahlkreis zu führen. Ich möchte, dass darüber breit diskutiert wird. Und ich möchte für meine eigene Entscheidung möglichst viele Perspektiven auf dieses Thema kennen.

Deswegen habe ich vor Ostern zu einer öffentlichen Veranstaltung in den Freisinger Furtnerbräu eingeladen. Die etwa 50 Besucher:innen konnten nicht nur mit mir, sondern auch mit zwei Referentinnen diskutieren: Prof. Kerstin Schlögl-Flierl, Mitglied des deutschen Ethikrats, und Hiltrud Rock-Hermann, Palliativmedizinerin und Ethikberaterin.

Der Deutsche Ethikrat hat 2022 unter dem Titel „Suizid – Verantwortung, Prävention und Freiverantwortlichkeit“ eine Stellungnahme veröffentlicht, die eine wichtige Entscheidungshilfe für uns Bundestagsabgeordnete ist.

Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Freiverantwortlichkeit. „Ein Suizid ist irreversibel. Deshalb muss der freie Wille des Sterbewilligen klar erkennbar sein“, betonte Schlögl-Flierl im Furtnerbräu, die die Stellungnahme mit verfasst hat.

Wie aber kann dieser freie Wille festgestellt werden? Dass eine qualifizierte, ergebnisoffene und unabhängige Beratung Teil einer Neuregelung des assistierten Suizids sein muss – darüber waren sich die zwei Referentinnen und ich einig. „Als Palliativmedizinerin weiß ich, dass viele Menschen ihr Leid einfach nur abkürzen wollen. Als Gesellschaft müssen wir daran arbeiten, das Thema zu enttabuisieren und die Suizidprävention zu verbessern“, erklärte Rock-Hermann.

Auch aus dem Publikum kamen zahlreiche Fragen. Es ging unter anderem um das Thema Demenz und assistierter Suizid sowie um die Rolle der Hospizvereine.



„Recht auf Sterben? Die Diskussion um den assistierten Suizid“ - um dieses schwierige Thema ging es bei einer Veranstaltung, zu der ich vor Ostern Prof. Kerstin Schlögl-Flierl, Mitglied des deutschen Ethikrats, und Hiltrud Rock-Hermann, Palliativmedizinerin und Ethikberaterin, in das Furtner in Freisinger eingeladen hatte.

Wo brennt's?

Meine Arbeit für den Wahlkreis

Als sozialdemokratischer Vertreter unserer Region im Bundestag versuche ich, die Anliegen und Probleme vor Ort an die entscheidenden Stellen in Berlin zu tragen. Deswegen ist mir der Kontakt zu den Menschen, den Verbänden, den Kommunen und den Unternehmen im Wahlkreis und auch in meinem Betreuungswahlkreis wichtig. Ich will wissen wo der Schuh drückt und wo die Bundespolitik für eine gute Entwicklung in unserer Region gefragt ist.

GUTE KRANKENHÄUSER

Oft werden dabei ganz konkrete Probleme an mich herangetragen – sehr oft geht es dabei um die Gesundheitsversorgung und um die Zukunft der Krankenhäuser.

Wir haben gute Krankenhäuser, die aber vor vielen Problemen stehen. Es fehlt an Personal, und auch die Finanzierung muss auf solide Füße gestellt werden. Kurzfristig hilft der Bund mit 8 Milliarden Euro den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, höhere Energiepreise bezahlen zu können. Langfristig brauchen wir aber eine Reform der Finanzierung unserer Krankenhäuser. Viele Krankenhäuser sind von der Schließung bedroht, wenn sich nichts ändert, weil die Kommunen nicht dauerhaft hohe Defizite übernehmen können.

Als Ampel-Koalition wollen wir für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung sorgen. Ziel der Reform ist es, unnötige Klinikschließungen zu vermeiden und flächendeckend eine qualitativ hochwertige Versorgung auch in ländlichen Regionen sicherzustellen. Anders als von der bayerischen Staatsregierung und vielen Medien impliziert, wird die Reform besonders für Krankenhäuser im ländlichen Raum große Verbesserungen bringen, weil sie ihr Angebot über Vorhaltepauschalen auch anständig vergütet bekommen werden.

Bei uns in den Wahlkreisen sind besonders die kleineren Kliniken wie die Pfaffenhofer Ilmtalklinik und das Schrobenhausener Kreiskrankenhaus besonders betroffen, und im Landkreis

Eichstätt ist die Diskussion zur Schließung eines der beiden Standorte schon weit fortgeschritten. Darum hatte ich bereits letztes Jahr die Parlamentarische Staatssekretärin aus dem Gesundheitsministerium Sabine Dittmar eingeladen. Gemeinsam mit SPD-Vertreter:innen haben wir über die schwierige Situation der Krankenhäuser in der Region 10 gesprochen. Neben den Möglichkeiten, die wir vor Ort z. B. durch bessere Kooperation haben, brauchen wir auch Unterstützung durch eine Reform der Krankenhausfinanzierung auf Landes- und Bundesebene. Das haben wir deutlich gemacht.

Damit das auch so kommt, wird es noch vor der Sommerpause ein weiteres Gespräch mit Christos Pantazis geben, dem zuständigen Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion.

HAUSÄRZT:INNEN IN DER REGION

In Schrobenhausen haben zum Ende des letzten Jahres zwei Hausarztpraxen fast gleichzeitig geschlossen. Eine Praxis konnte nicht nachbesetzt werden, weil das Gebiet rechnerisch überversorgt war. Die Folge: Viele Patient:innen standen ohne hausärztliche Versorgung da.

Ein Thema, das nicht nur in Schrobenhausen aktuell ist. Ich bin dazu mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Kontakt, habe mich an den Gemeinsamen Bundesausschuss gewandt. Der Gemeinsame Bundesausschuss ist für die Grundsätze die Bedarfsplanung für die ärztliche Versorgung zuständig.

In Schrobenhausen hat sich die Situation inzwischen leicht entspannt. Nach einer Neuberechnung der Versorgungszahlen gilt die Region nicht mehr als überversorgt, die Praxis wird wieder ausgeschrieben.

Die Frage bleibt aber, warum eine vorsorgende Planung nicht möglich war? Dass die Versorgung nicht mehr passt, wenn zwei Praxis schließen, das weiß ich vorher, da muss man auch vorher handeln. Dafür muss die Kassenärztliche Vereinigung ihre Spielräume besser nutzen!

Die KVB hat mich aber auch auf Probleme hingewiesen, die vor Ort nicht gelöst werden können. Dazu bin ich mit unseren Gesundheitspolitiker:innen im Gespräch.

DIE ENERGIEWENDE VOR ORT

Wir müssen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien schneller werden. Das gilt gerade auch in Bayern. Bundesweit gingen dieses Jahr in den ersten drei Monaten 117 neue Windräder ans Netz, 295 wurden genehmigt. In Bayern waren es ganze zwei.

Bayern hat mit seinen Abstandsregeln den Ausbau der Windkraft nahezu unmöglich gemacht. Das muss sich ändern, darum haben wir mit dem Windanland-Gesetz gesetzlich klar geregelt, dass jedes Bundesland rund zwei Prozent seiner Flächen verpflichtend für Windkraft zur Verfügung stellen muss – auch Bayern.

Das bedeutet, dass wir nun vor Ort Windflächen ausweisen müssen. Dabei stoßen die Kommunen nicht nur an die Abstandsflächen, die bisher in Bayern galten. Auch Flughäfen und Erbebenmessstationen haben Abstandsflächen.

Rund um die Flugplätze Manching und Neuburg wollen die Kommunen Windräder aufstellen. Dort gelten aber an vielen Stellen Höhenbeschränkungen, um den Flugbetrieb nicht zu behindern. Ich bin mit diesen Kommunen, der Bundeswehr und dem Verteidigungsministerium in Kontakt, um Lösungen zu finden, die sowohl den Flughäfen als auch der Energiewende gerecht werden.

Im Koalitionsausschuss haben wir mehr Photovoltaikanlagen an Autobahnen beschlossen. Das ist richtig, in der Praxis nicht überall einfach umzusetzen. Oft braucht es die Genehmigung der Autobahn GmbH, weil Abstandsflächen unterschritten werden. In Denkendorf wurde bei einem Vorhaben diese Genehmigung nicht erteilt. Ich habe mich daraufhin an das Fernstraßenbundesamt gewandt. Erfolgreich, es wird jetzt nochmals geprüft – hoffentlich mit besserem Ergebnis.

Wo brennt's?

Meine Arbeit für den Wahlkreis

STRASSEN UND SCHIENEN

Das Verkehrsprojekt, das im Wahlkreis gerade am meisten diskutiert wird, ist sicher der Ausbau der B 16. Ich habe mich gegen den vierspurigen Ausbau der B 16 zwischen Neuburg an der Donau und der A 9 bei Manching ausgesprochen. Die vorliegenden Pläne sind überdimensioniert, wir brauchen keinen autobahnähnlichen Ausbau der B 16.

Wir müssen die B 16 mit Augenmaß verbessern, etwa beim Kleeblatt an der A9. Lärmschutz und die Vermeidung unnötigen Flächenverbrauchs müssen dabei oberste Priorität haben. Eine Reduktion des Ausbaus auf durchgehend drei Spuren wäre völlig ausreichend.

Dafür spricht auch, dass die geplanten Ausbauabschnitte westlich der B 13 ein relativ schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis haben. Die rutschen gerade so in den Bereich, in dem eine Umsetzung in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird. Das zeigt, dass hier zu großzügig geplant wurde.

Wir arbeiten in der SPD-Bundestagsfraktion gerade an unseren Prioritäten für zukünftige Verkehrsprojekte und für die laufende Bedarfsplanüberprüfung und den angekündigten neuen Bundesverkehrswege- und -mobilitätsplan 2040. Wenn wir die Verkehrswende und den Ausbau der Schiene ernst meinen, dann gehören überdimensionierte Straßenbauprojekte wie der vierspurige Ausbau der B 16 ganz sicher nicht dazu.

Es war eine gute Nachricht, dass das Bundesverkehrsministerium den Stellungnahmen der Anrainergemeinden gefolgt ist und im Planungsverfahren den Regelquerschnitt bereits verringert und auf Standstreifen verzichtet hat. Für eine Abkehr vom vierspurigen Ausbau braucht es aber eine Änderung des Bundesverkehrswegeplans. Dafür setze ich mich in Berlin weiterhin ein.

Wo wir tatsächlich einen starken Ausbau brauchen, ist bei der Schiene: Die Bahnstrecke von München nach Freising etwa

ist heillos überlastet, hier brauchen wir eine zukunftsfähige Lösung. Dazu werde ich mich in den nächsten Wochen mit Inge Aures, der verkehrspolitischen Sprecherin unserer Landtagsfraktion, und mit meinem Kollegen und Verkehrspolitiker Jan Plobner vor Ort austauschen.

PFAS-SANIERUNG AN DEN FLUGHÄFEN

Im Herbst dieses Jahres wird endlich mit der PFAS-Sanierung am Flughafen Manching begonnen. Das hat mir das Bundesministerium für Verteidigung bestätigt. Hinter dem Baubeginn September 2023 standen bisher noch etliche Fragezeichen. Ich bin froh, dass der Zeitplan eingehalten werden kann und der Baubeginn absehbar ist.

Bis 2011 wurden am Flughafen Manching Löschschäume eingesetzt, die Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) enthalten. Diese gesundheitsgefährdenden Chemikalien finden sich mittlerweile im Grundwasser wieder. Eine Sanierung ist unabdingbar.

Geplant ist eine erste Maßnahme an der Alten Feuerwache, die auch verhindern soll, dass die Chemikalien weiterhin aus dem Flughafengelände ausgespült werden können. Es ist ärgerlich, dass die Ausschreibung für diese Maßnahme zweimal gescheitert ist. Umso wichtiger ist, dass der jetzt vorgesehene Zeitplan aller Voraussicht nach eingehalten werden kann.

Die Sanierung an der Alten Feuerwache ist ein wichtiger erster Schritt. Weitere Maßnahmen werden folgen. Dazu werden gerade noch weitere Detailuntersuchungen durchgeführt, das abschließende Gutachten soll noch im März vorliegen. Auf dieser Basis wird über weitere Maßnahmen entschieden.

In Gesprächen mit Bürger:innen und mit den Behörden vor Ort habe ich mich wiederholt über die Situation informiert und mich beim Verteidigungsministerium für eine möglichst schnelle Sanierung eingesetzt. Es ist eine gute Nachricht, dass die Bundeswehr die Sanierung an der Alten Feuerwache vorgezogen hat und dass

diese jetzt auch beginnen kann. Ich werde auch weiterhin gegenüber dem Verteidigungsministerium darauf drängen, dass die Sanierung vorangeht.

Das gilt auch für die Sanierung im Bereich des Flughafens in Neuburg. Auch dort wurden diese Löschschäume eingesetzt, auch dort ist eine Sanierung notwendig. Die Untersuchungen und Planungen sind dort noch nicht so weit wie in Manching. Auch hier bin ich im Kontakt mit dem Landratsamt und werde gerne helfen, wo ich kann.

GELD FÜR DEN WAHLKREIS

Der Bund unterstützt Kommunen, Initiativen, Unternehmen und auch Privatpersonen mit verschiedenen Förderprogrammen. Gerne setze ich mich bei sinnvollen Projekten dafür ein, dass der Zuschlag in unsere Region kommt, oder helfe, wenn es bei der Abwicklung hakt.

Das kann die Sanierung eines Jurahauses sein, das letztes Jahr die Zusage für die Förderung aus dem Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes bekommen hat. Das können aber auch die vielen Programme sein, mit denen wir den Klimaschutz voranbringen wollen – die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LEDs wie in Vohburg oder die 32 Elektrobusse für die Stadtwerke Freising, die vom Bund finanziert werden. Ich freue mich, wenn diese Programme auch bei uns vor Ort ankommen.

ENERGIEPREISE

Das gilt ganz besonders für unsere Maßnahmen gegen die hohen Energiepreise. Die Preisbremsen bei Strom, Gas und Wärme wirken. Und auch die Einmalzahlungen kommen an. Wichtig ist, dass jetzt auch endlich die ihre Anträge stellen können, die mit Öl oder Holz heizen. Das hat mir zu lange gedauert, bis unser Beschluss vom 15. Dezember umgesetzt wurde. Das Geld ist aber freigegeben, die Bund-Länder-Vereinbarung unterschrieben. Das sollte jetzt auch von der bayerischen Staatsregierung schnell umgesetzt werden.

Modernisierungspaket

für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung

Höheres Tempo Verbindliche Ziele Mehr Klimaschutz

Das haben wir gemeinsam
in der Ampel beschlossen:



SPD Fraktion im
Bundestag

Wir wollen 2045 klimaneutral sein. Auch wenn wir dafür schon einiges auf den Weg gebracht haben, sind wir noch lang nicht am Ziel. Das zeigt nicht zuletzt der Prüfbericht des Expertenrates für Klimafragen für das Jahr 2022, der Mitte April vorgelegt wurde. Gerade beim Verkehr und beim Heizen der Gebäude gibt es noch viel zu tun, diese Sektoren verfehlen ihre Ziele deutlich.

KOALITION REAGIERT

Bereits am 28. März hat der Koalitionsausschuss ein umfangreiches Paket beschlossen, mit dem wir schneller und verbindlich mehr Klimaschutz erreichen wollen. Wind- und Solaranlagen sollen schneller genehmigt werden, wir packen die Wärmewende an, investieren mit einem CO₂-Zuschlag auf die LKW-Maut in mehr Schienen. Das sind wichtige Schritte im Klimaschutz.

Dennoch haben diese Beschlüsse Diskussionen ausgelöst. Dabei geht es vor allem um die Änderungen im Klimaschutzgesetz, um das Heizen und um den beschleunigten Bau von Autobahnen.

EIN SCHARFES KLIMASCHUTZGESETZ

Im aktuellen Klimaschutzgesetz sind die jährlichen Sektorziele mit der Pflicht an alle Bundesministerien gekoppelt, beim Verfehlen dieser Ziele Sofortprogramme

aufzulegen. Dies führt aber bisher leider nicht dazu, dass die Ziele Folgejahre erreicht werden. Dies liegt nicht nur daran, dass sich z. B. Bundesverkehrsminister Wissing weigert, das schnell wirksame Tempolimit umzusetzen. Es liegt oft auch daran, dass Maßnahmen Zeit brauchen, um zu wirken.

Im Verkehrssektor geht es darum, sowohl Bus und Bahn auszubauen als auch mehr Elektromobilität auf die Straßen zu bringen. Im Gebäudesektor geht es darum, die Wärmeversorgung gerade auch in den Bestandsimmobilien klimaneutral sicherzustellen. Das sind Aufgaben, die sich nicht einfach mit einem Sofortprogramm erledigen lassen.

Der Koalitionsausschuss hat daher das bekräftigt, was bereits im Koalitionsvertrag vereinbart wurde: Wir flexibilisieren das Klimaschutzgesetz, verfolgen die Ziele aber genauso konsequent:

- Künftig muss die Bundesregierung bereits im ersten Jahr einer Legislaturperiode ein umfassendes Klimaschutzprogramm beschließen.
- Es wird weiterhin für jeden Sektor geprüft, ob die CO₂-Minderung ausreicht.
- In Zukunft werden nicht nur die Vorjahresemissionen, sondern auch die Prognose für die zukünftige Entwicklung betrachtet.
- Wenn das Gesamtziel aller Sektoren künftig zwei Jahre in Folge überschritten wird, ist die Bundesregierung verpflichtet, Maßnahmen zu beschließen, die sicherstellen, dass die Klimaziele erreicht werden.

Viele befürchten, dass sich einzelne Minister:innen mit dieser Regelung aus der Verantwortung stehlen können. Dies darf und wird nicht passieren. Weiterhin müssen gerade jene Sektoren zur CO₂-Minderung beitragen, die die Ziele verfehlen. Der Druck auf die Minister:innen wird aufrechterhalten: Wie bisher bekommen sie einmal im Jahr ein Klimaschutz-Zeugnis.

Stärker als bisher wird aber die gesamte Bundesregierung in die Verantwortung genommen.

WÄRMEWENDE ANPACKEN

Mehr als ein Drittel des gesamten Energiebedarfs in Deutschland wird zum Heizen und für Warmwasser verwendet. Wir müssen aufhören, dafür Gas, Öl oder Kohle zu verbrennen, das steht außer Frage. Ohne eine Wärmewende sind unsere Klimaziele nicht zu erreichen.

Deswegen wollen wir, dass ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung auf der Basis von 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben wird.

Das gilt zu allererst für Neubauten. Der Gesetzentwurf sieht keine neuen Austauschpflichten vor. Bestehende Gas- und Ölheizungen können weitergenutzt werden. Auch Reparaturen sind möglich. Muss eine Heizung ausgetauscht werden, gibt es lange Übergangsfristen, in der eine gute Lösung gefunden werden kann. Und es soll – je nach Einkommen – zwischen 30 und 50 Prozent Zuschuss zur neuen Heizung geben.

Der Entwurf kommt jetzt erst in den Bundestag. Ich kenne die Kritik, die daran geübt wird. Wie die Regelungen im Einzelnen aussehen werden, kann ich noch nicht sagen. Fest steht nur, dass wir die Wärmewende brauchen, dass wir aber gerade die mit geringeren Einkommen und Vermögen nicht alleine lassen dürfen damit! Wir müssen und werden dafür sorgen, dass niemand davor Angst haben muss, wenn die Heizung kaputt geht.

MEHR VERKEHR AUF DIE SCHIENE

Verkehrsminister Wissing spricht im Nachgang des Koalitionsausschusses nur über einen schnelleren Ausbau von Autobahnen. Der kommt, aber nur dort, wo echte Engpässe beseitigt werden.

Beschlossen haben wir aber auch, die Kapazitäten im Schienennetz deutlich auszubauen. Auch hier beschleunigen wir die Verfahren und digitalisieren die Strecken. Mit den zusätzlichen Mitteln aus dem CO₂-Zuschlag zur LKW-Maut können wir den Investitionsstau 45 Milliarden Euro bis 2027 beträchtlich abbauen.

Im Rückspiegel Unterwegs in der Region

FACHVERBAND BIOGAS

Das Thema Biogas ist für mich als Mitglied im Energie-Ausschuss natürlich von Bedeutung – aber auch regional, weil der Fachverband Biogas seine Bundesgeschäftsstelle tatsächlich in Freising hat! Deswegen konnte ich direkt vor Ort mit Josef Götz, Mitglied im Präsidium des Fachverbands, Manuel Maciejczyk als Geschäftsführer sowie einigen Mitgliedern des Betreiberrates diskutieren.

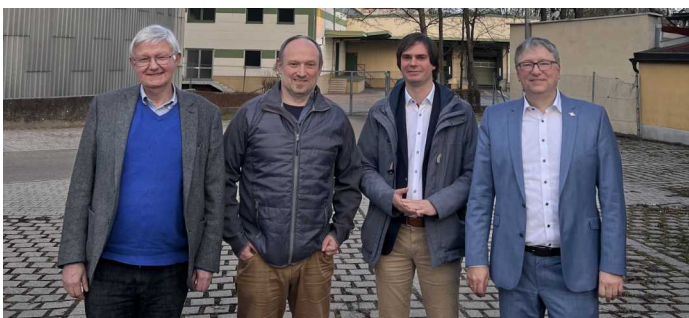
Wir waren uns einig, dass Biogas ein wichtiger Baustein der Energiewende ist, der in der aktuellen Krise eine noch größere Bedeutung bekommen hat. Biogas ist die einzige Form erneuerbarer Energie, die wir flexibel steuern können. Sie kommt dann zum Einsatz, wenn Wind und Sonne zu wenig Strom liefern. Mit Biogas haben wir außerdem die Möglichkeit, erneuerbare Wärme für Wärmenetze zu erzeugen.

Josef Götz hat mir berichtet, dass die Abschöpfung von Krisen-Erlösen am Strommarkt von den Biogasanlagenbetreiber:innen anfangs als Bedrohung wahrgenommen wurde. Denn parallel zu den Erlösen waren auch die Kosten für den Betrieb der Anlagen massiv gestiegen. Gerade durch den Einsatz der SPD-Fraktion – als Berichterstatter habe ich ja direkt an dem entsprechenden Gesetz mitgewirkt – konnte diese Bedrohung aber abgewendet werden. Erörtert haben wir außerdem die

SÜDSTÄRKE IN SCHROBENHAUSEN

Jede dritte bayerische Kartoffel wird in Schrobenhausen verarbeitet. Wie, das zeigte der Geschäftsführer Dr. Stefan Dick bei einem gemeinsamen Besuch Werner Widuckel, Kreisvorsitzender der SPD Neuburg-Schrobenhausen, Siegfried Sibinger, Vorsitzender des Ortsvereins Schrobenhausener Land, und mir.

Thema war die Energiewende. Für die Verarbeitung der Kartoffeln werden große Mengen Gas und Strom benötigt, die Entlastung durch die Energiepreisbremsen war für den Betrieb daher notwendig. Für die Zukunft wird an einem Transformationskonzept gearbeitet. So soll z. B. die Pülpe, ein Nebenprodukt, das bei der Stärkeherstellung entsteht, in Biomethan umgewandelt und zur Energieerzeugung genutzt werden können.



Gespräch beim Fachverband Biogas mit Josef Götz, Mitglied im Präsidium des Fachverbands, Manuel Maciejczyk, Geschäftsführer des Fachverbands, sowie einige Mitgliedern des Betreiberrates

Herausforderungen, die sich den Biogasanlagenbetreiber:innen in unserer Region stellen.

Der Besuch hat mir verdeutlicht: Biogas kann viel zu einem klimaneutralen Stromsystem und erneuerbarer Wärme beitragen. Wir in der Politik müssen dafür aber für geeignete Rahmenbedingungen sorgen. Dazu werden wir auch weiterhin im Austausch bleiben.

32 ELEKTROBUSSE FÜR FREISING

Weniger Treibhausgase, weniger Schadstoffe, weniger Lärm: Die Freisinger Stadtwerke bekommen 8.176.000 Euro für 32 Elektrobusse vom Bund. Ich freue mich, dass wir damit einen Beitrag für mehr Klimaschutz und mehr Lebensqualität in Freising leisten können.

Der Bund fördert die Elektrobusse aus seinem Klimaschutzprogramm 2030. Im April wurden vom Bundesverkehrsministerium Förderzusagen für etwa 1.000 neue klimafreundliche Busse übergeben.



Im Rückspiegel Unterwegs in der Region

EIN TAG ALS ALTENPFLEGER

Im März durfte ich bei der AWO Freising einen Tag als Altenpfleger in der Tagespflege unterstützen. Ich bin beeindruckt von der ausgezeichneten Arbeit, die die Pflegekräfte hier jeden Tag leisten. Mit ihrem Einsatz sorgen sie dafür, dass die Gäste, v. a. demente Senior:innen, bestmöglich betreut werden – und zwar nicht, indem sie unter Aufsicht dort „geparkt“ werden, sondern mit verschiedenen Aktivitäten und Beschäftigungen, die ihnen Freude bereiten.

Natürlich bin ich jetzt kein Altenpfleger. Gute Pflege braucht gute Ausbildung. Aber einen guten Einblick habe ich bekommen. Es war eine gute Gelegenheit, die Arbeit ungeschminkt zu erleben und mit den Mitarbeiter:innen und mit Bewohner:innen und Angehörigen ins Gespräch zu kommen. Auch das ist für mich notwendig, um gute Entscheidungen zu treffen.

Das Team der AWO in Freising ist zufrieden mit ihrer Arbeit,

dem Umfeld und der Belastung – da ist die AWO-Tagespflege allerdings eine positive Ausnahme.

Mit der Tarifbindung in der Pflege durch unseren Arbeitsminister Hubertus Heil haben wir zwar für eine allgemeine Lohnerhöhung von bis zu 20 % gesorgt, aber die strukturellen Probleme sind geblieben. Es liegt jetzt an uns, die Strukturen in der Pflege zukunftsfähig zu machen, damit in Zukunft der Beruf als Altenpfleger:in attraktiver für junge Menschen wird. Nur so können wir den erhöhten Bedarf durch die Babyboomer in den nächsten Jahren erfolgreich decken und ein würdevolles Altern ermöglichen.

An dieser Stelle nochmal herzlichsten Dank an die AWO Freising und ihre Vorsitzende Heidi Kammler für die Einblicke in die Situation vor Ort. Die Tagespflege der AWO zeigt, wie würdiges Altern aussehen kann.



Im Rückspiegel

Unterwegs in der Region



Die B 16 zwischen Neuburg und der A 9 bei Manching soll vierspurig ausgebaut werden. Viele Bürgerinnen und Bürger sind aber gegen einen autobahnähnlichen Ausbau und haben sich deshalb in Bürgerinitiativen organisiert. Ende März haben die Bürgerinitiativen aus Manching, Zuchering, Winden, Hagau und Weichering zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung nach Zuchering eingeladen. Auch ich war vor Ort und habe mich klar gegen den vierspurigen Ausbau der B 16 ausgesprochen.



Kurz vor Ostern habe ich gemeinsam mit dem SPD-Kreisvorsitzenden Werner Widuckel und unserem Landtagskandidaten Siegfried Sibinger die Papierfabrik LEIPA besucht. Werksleiter Michael Mehner und der Leiter der „FlexPack“-Produktion Timo Mischler führten uns durchs Werk. Als Energiepolitiker interessiert mich natürlich, wie die Prozesswärme erzeugt wird. Bisher steht hier noch ein Kohlekraftwerk, aktuell wird ein Gaskraftwerk installiert. Eine langfristige Transformation erfordert aber einen Anschluss an die Wasserstoffversorgung.



Besuch bei den Stadtwerken Schrobenhausen, die extrem breit aufgestellt sind: Sie kümmern sich um Baulandentwicklung, sozialen Wohnungsbau, die Wasserversorgung – und natürlich um Energie. Für die Energiewende haben sie bereits viele Pläne. Windräder sollen gebaut und die Stromnetze so ausgebaut werden, dass sie die Erneuerbaren gut aufnehmen können. Wir haben uns auch über klimaneutrale Wärmenetze ausgetauscht – hier gibt es auch auf Bundesebene noch einiges an Arbeit, damit die Kommunen das richtig anpacken können.



Nein, das Capitol steht nicht bei uns im Wahlkreis. Besucht hat es aber vor kurzem Ela Schechinger aus Baar-Ebenhausen. Sie verbringt dieses Schuljahr als Stipendiatin des Parlamentarischen-Patenschafts-Programms in Minnesota. Regelmäßig berichtet Sie über ihre Erfahrungen in einem Blog auf meiner Homepage – diesmal über ihre Reisen nach Minneapolis und in die amerikanische Hauptstadt. Sie finden den Blog auf meiner Homepage unter Kontakt/Praktika und Programme.

Welche Reformen plant die Ampelkoalition?

Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht

Im Koalitionsvertrag haben SPD, Grüne und FDP die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts vereinbart. Momentan gibt es einen ersten Referentenentwurf, der bald im Bundestag diskutiert.

Wir haben vor, Mehrfachstaatsangehörigkeit zu ermöglichen und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu vereinfachen. Eine Einbürgerung soll in der Regel nach fünf Jahren möglich sein, bei besonderen Integrationsleistungen nach drei Jahren. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern werden mit ihrer Geburt deutsche Staatsbürger:innen, wenn ein Elternteil seit fünf Jahren einen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat.

Uns ist außerdem wichtig, die Einbürgerung für Angehörige der sogenannten Gastarbeitergeneration zu erleichtern und so ihre Lebensleistung anzuerkennen. Für diese Gruppe soll deshalb das nachzuweisende Sprachniveau gesenkt werden. Generell werden wir das Einbürgerungserfordernis der "Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse" durch klare Kriterien ersetzen.

Wie sehen die Pläne genau aus? Ich freue mich, dass meine Kollegin Carmen Wegge zu mir nach Freising kommt und uns vorstellen wird, was wir für ein modernes Staatsangehörigkeitsrechts ändern wollen. Sie ist Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss und wird auch für Fragen und zur Diskussion zur Verfügung stehen.

Die Veranstaltung "Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht – welche Reformen plant die Ampelkoalition?" mit Carmen Wegge findet statt am Dienstag, den 2. Mai 2023, 19 Uhr im Furtnerbräu, Obere Hauptstraße 42, 85354 Freising

Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen und mit Carmen Wegge. Um besser planen zu können bitte ich wenn möglich um Anmeldung per E-Mail bis zum 31. April unter andreas.mehltretter@bundestag.de. Danke!



Andreas
Mehltretter

SPD Soziale
Politik für
Dich.

**EIN MODERNES STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT
– WELCHE REFORMEN PLANT DIE
AMPELKOALITION?**

**DIENSTAG, 2. MAI 2023, 19.00 UHR
IM FURTNERBRÄU, OBERE HAUPTSTRASSE 42, 85354 FREISING**



Mannschaftssport

Neues aus meinem Team

JOHANNA BAUER

Eine Woche lang hat Johanna Bauer, Schülerin am Karl-Ritter-von-Frisch-Gymnasium in Moosburg, mich und mein Team im Rahmen eines Schüler:innenpraktikums begleitet. Über dieses Praktikum schreibt sie:

„In der Woche meines Schülerpraktikums konnte ich Herrn Mehlretter bei einigen seiner Termine im Wahlkreis begleiten. Die diversen Einblicke sowie das angenehme Arbeitsklima habe ich sehr genossen. Ich durfte unter anderem bei einer Podiumsdiskussion in Schrobenuhausen dabei sein und konnte ihn auch begleiten, als er sich den Arbeitsalltag in der Tagespflege der AWO Freising angeschaut hat. Eine Infoveranstaltung zum Ausbau der B16 sowie eine Besprechung, in der der Fachverband Biogas Herrn Mehlretter seine Anliegen vortrug, durfte ich auch miterleben. Besonders gut hat es mir gefallen, als ich am Donnerstag zu-



hören konnte, wie Prof. Thurner von der LMU Dr. Bärbel Kofler, Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, und Herrn Mehlretter ein Forschungsprojekt zur Krisenvorhersage vorstellte. Auch der Einblick in den Büroalltag hat mich sehr fasziniert. Ich möchte mich sehr für diese wunderschöne Woche bedanken und kann solch ein Praktikum jedem empfehlen, der sich für den Arbeitsalltag eines Bundestagsabgeordneten interessiert.“

Vielen Dank für Dein Interesse, liebe Johanna! Mich und mein Team hat es sehr gefreut, dass du in dieser Wahlkreiswoche dabei warst.

SOPHIA HINTERWIMMER

Auch Sophia Hinterwimmer hat ihr Schüler:innenpraktikum in Berlin bereits beendet. Vielen Dank für Dein Interesse, Sophia! Uns hat es Spaß gemacht, Dir einen Blick hinter die Kulissen des Bundestages zu ermöglichen.



SAMUEL ARNDT

Ebenfalls zu Ende ist das Praktikum Samuel Arndts. Auch Dir sagen wir Danke für Deine Unterstützung und wünschen Dir für die kommende Zeit alles Gute.



FELIX SCHNABEL

Mein Team verlassen hat Felix Schnabel. Erst als Praktikant, dann als studentischer Mitarbeiter war er ein halbes Jahr in meinem Büro. Er wechselt einen Stock tiefer in das Büro meines Kollegen Martin Diedenhofen. Wir wünschen Dir einen erfolgreichen Einstand! Und komm gerne auf einen Kaffee zu uns hoch.



Andreas Mehlretter

Büro Berlin

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel. 030 227-78096

Wahlkreisbüro Freising

Ziegelgasse 11 | 85354 Freising
Tel. 08161 2349444

Wahlkreisbüro Pfaffenhofen

Scheyerer Straße 10 | 85276 Pfaffenhofen
Tel. 08441 7979521

andreas.mehlretter@bundestag.de

Homepage

www.andreas-mehlretter.de

Facebook

[andreamehlretterSPD](https://www.facebook.com/andreamehlretterSPD)

Instagram

[andreamehlretter](https://www.instagram.com/andreamehlretter)

Twitter

[@Mehli](https://twitter.com/Mehli)